Abonnements-Preis:
Mittag- und Abend-Ausgabe in Stadtbezirke M. 3.00, bei der Post M. 4. Sonntags-Ausgabe in Stadtbezirke 80 Pfg., bei der Post M. 1. Illustrirte Beilage „Sterne u. Blumen" 50 Pfg. Die jeden Monat erscheinende humoristische Beilage „Bücherwurm" gratis.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Krefeld.

Niederrheinische Volkszeitung.

Insertions-Preis:
Die Petitzeile im Abonnentenkreis 15 Pf. bei einmaliger Gratis-Aufnahme in den Krefelder Stadt-Anzeigen"; außerhalb des Abonnentenkreises 20 Pf.; bei Wiederholungen Rabatt. Beilage-Gebühren pro 1000 M. 3. Reklame-Zeile 30 Pf. Offerten-Provision 25 Pf. Bei franko Anfragen 10 Pf. für Antwort.
Geschäftsstelle: Friedrichstraße 41.
Telephon-Anschluß 354.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Lerch für den redaktionellen Theil. 52. Jahrgang. Druck und Verlag der J. B. Klein'schen Buchdruckerei, M. Buscher.

Nr. 276. Krefeld, Montag, den 21. Mai (Konstantin) 1900.

Abend-Ausgabe.

Der Streik in Berlin.

Ob es frohe Feste oder saure Streikwochen gibt — immer ist der Schutzmann der Lastträger. Kaum haben die Berliner Polisten die Strapazen der Absperrungen ꝛc. bei den Hoffestlichkeiten überwunden, da müssen sie schon aufs neue zu einem anstrengenden außerordentlichen Dienst heran, nämlich zur Aufrechthaltung der Ordnung während der plötzlich eingetretenen Arbeitseinstellung von etwa 5000 „Pferdebahnern". Die große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft vermag nur wenige Wagen, etwa den zehnten Theil der gewöhnlichen Zahl, während der Tagesstunden laufen zu lassen. Der winzige Betrieb erfordert aber ein ungeheures Aufgebot von Schutzmannschaft, weil die Erfahrungen von Samstag, dem ersten Streiktage, alsbald lehrten, daß die Radauluft und Gewaltthätigkeit durch diesen Streik bedenklich geweckt worden ist. Die Straßenbahnlinien sind von einer Postenkette von Schutzleuten besetzt, und an den bedeutenden Knotenpunkten des Verkehrs, wo sich am Samstag Ansammlungen und Ausschreitungen ereignet haben, finden sich kräftige Patrouillen zu Pferde und zu Fuß. Am Alexanderplatz kann die berühmte Statue der „Berolina" von ihrem hohen „Untersatz" auf eine Machtentfaltung blicken, welche fast nach Belagerungszustand aussieht. Aber trotzdem — oder richtiger deszalb — ist Berlin ruhig. Ich habe heute einen schönen elektrischen Wagen mit eingeworfenen Scheiben nach Hause schleichen sehen und habe auch einige Leute „Streikbrecher!" und ähnliche Liebenswürdigkeiten hinter den fahrenden Kutschern und Schaffnern herrufen hören, wenn gerade kein Schutzmannsohr in nächster Nähe war. Aber solche Einzelheiten verändern das Gesammtbild nicht wesentlich. Die Straßen bieten einen ruhigern Anblick als sonst, weil die Kolosse der Straßenbahn mit ihrem vielen Geräusch und ihrer Aussichtsversperrung Tags über fast ganz und Abends durchaus fehlen. Die Omnibusse, welche jetzt als Nothelfer herhalten müssen, sind nicht zahlreich und nicht groß genug, um den freien Blick über die entlasteten Straßen zu hindern. Man sieht jetzt wieder, wie bei der Straßenbahnsperre während der Schneezeit, daß Berlin trotz verschiedener neuer Omnibus-Gesellschaften noch viel zu wenig von diesen „spurlosen" Beförderungsmitteln hat, und ich vermuthe, daß zu den weiteren Folgen dieses Streiks die Vermehrung der Omnibusse gehören wird.

Ueber die Aussichten des Streiks läßt sich heute noch kein sicheres Urtheil fällen. Eher schon am Montag Nachmittag, wenn festgestellt ist, wieviel Angestellte sich dem Ultimatum der Straßenbahn-Direktion (Rückkehr bis Montag Mittag oder endgültige Entlassung!) gefügt haben. Allzuviel werden es wohl nicht sein, da sich die Streikenden von der Sympathie des Publikums getragen fühlen. Das Publikum liebt die „Große Berliner" durchaus nicht, weil die Verwaltung fortwährend mehr die hohen Dividenden, als die Interessen des Publikums im Auge gehabt und alle Fortschritte sich erst hat abpressen lassen. Das Publikum sagt, es sei nur wunderbar, daß die Kutscher und Schaffner nicht schon eher gestreikt hätten.

Die platonischen Sympathien des besseren Publikums sind aber noch keine Garantie des Erfolges, und die handgreiflichen Sympathiebeweise des Berliner Mobs können den Streikenden sogar gefährlich werden. Die Wortführer der Streikenden behaupten, daß alle Gewaltthätigkeiten nicht von den Feiernden, sondern von unbetheiligten Elementen ausgegangen seien. Das mag wohl sein; aber diese Ausschreitungen werden doch auf Rechnung des Streiks gesetzt, und wir fürchten, daß bei der Fortdauer von Angriffen und Beschimpfungen die politischen „Scharfmacher" auch aus diesen Streik-Aergernissen wieder Kapital schlagen werden im Sinne des sogenannten Zuchthausgesetzes. Jedenfalls haben die Ausschreitungen auch ihren Theil dazu beigetragen, daß die Polizeibehörde sich entschlossen hat, Neutralität zu beobachten, und zwar eine „wohlwollende" gegenüber der Gesellschaft. Das ist für den Arbeitgeber von großem Werth; denn bei strengem Bestehen der Behörden auf die kontraktlichen und öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen der Gesellschaft käme letztere in arges Gedränge. Ist aber die Polizei nachsichtig, so kann die Gesellschaft eher hoffen, es aushalten zu können, bis die Mittel der Streikenden erschöpft sind und die Ersatzkräfte zahlreicher werden.

Es heißt, daß die Streikenden gerade kurz vor dem Lohntag (21. Mai) losgeschlagen hätten, ohne sich klar zu machen, daß eine Verschiebung um wenige Tage ihnen bedeutende materielle Hülfsmittel bringen mußte. Wenn das richtig ist, so liegt ein grober Fehler der Leitung vor, der die Hoffnungen herabdrücken muß. Es wäre auch besser gewesen, wenn die Leute sich nicht kontraktbrüchig gemacht hätten; nach Kündigung hätte sich auch noch streiken lassen. Dagegen haben die Streikenden klug gehandelt, als sie das Gewerbegericht als Einigungsamt anriefen. Die Straßenbahn-Direktion hat diese Vermittelung abgelehnt mit der Begründung, daß hier nur ein Arbeitgeber vorhanden sei, mit dem eine direkte Verhandlung ohne Schwierigkeit möglich sei. Der Gesichtspunkt kann nicht für durchschlagend erachtet werden. Das Einigungsamt soll nicht bloß Zwischenträger sein, sondern es soll den „ehrlichen Makler" machen, und der ist gerade hier am Platze. Denn die Sache liegt so, daß die Direktion schon etwas bewilligt und die Angestellten schon etwas von ihren ersten Forderungen abgelassen hatten, und daß also auf diesem Wege des Nachgebens von beiden Seiten fortgefahren werden muß, bis sich die Parteien in der Mitte treffen. Wenn auch die Polizeibehörde meint, daß die Gesellschaft schon genug Entgegenkommen bewiesen habe, um eine gewisse Nachsicht zu verdienen, so hält doch die öffentliche Meinung das bisherige Entgegenkommen der Gesellschaft mit den großen Dividenden noch nicht für genügend. Die Halsstarrigkeit konnte der Gesellschaft doch schließlich theuer zu stehen kommen.

CPC. Landtags-Verhandlungen.

(Unberechtigter Nachdruck, auch theilweiser, untersagt.)

Abgeordnetenhaus.

71. Sitzung vom 19. Mai.

(Schluß.)

Zweite Berathung der Waarenhaussteuer.

§ 6a bestimmt:

„Durch die Zerlegung eines Waarenhausbetriebes in mehrere gesonderte, selbstständige Betriebe wird der Inhaber des Waarenhauses von der Entrichtung der Steuer nach Maßgabe des Gesammtumsatzes nicht befreit, wenn die begleitenden Umstände erkennen lassen, daß die Zerlegung in mehrere Betriebe behufs Verdeckung des Waarenhausbetriebes stattfindet."

Abg. v. Brockhausen (kons.) beantragt die redaktionelle Aenderung, daß gesagt wird „werden diese Betriebe" statt „wird der Inhaber des Waarenhauses". Weiter beantragt er folgenden Zusatz:

„Der hiernach auf die Gesammtheit der Betriebe einheitlich veranlagte Steuersatz ist unter sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen im § 38 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 beziehungsweise im § 32 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 in die auf die einzelnen Betriebe entfallenden Theilbeträge zu zerlegen.

Abg. Barth (frs. Vgg.) führt aus, der § 6a sei ein Kautschukparagraph; er habe die Folge, daß die verschiedenen Spezialgeschäfte, die z. B. vielleicht von 4 Brüdern ganz selbstständig betrieben würden und woran die einzelnen nur ein finanzielles Interesse hätten, als verdeckte Waarenhausbetriebe angesehen werden könnten. Durch den Antrag Brockhausen werde die Sache noch schlimmer.

Generalsteuerdirektor Burghart erwidert, gerade der Vorredner habe immer betont, die Waarenhausinhaber würden schon wissen, wie sie das Gesetz umgehen könnten; jetzt belage er, daß man seine Mahnung beherzigt und Vorsorge getroffen habe. Die Fassung des § 6a sei durchaus nicht kautschukartig.

§ 6a wird nach der Fassung der Kommission mit den Anträgen Brockhausen angenommen.

Zu § 7, der die Zusammensetzung der Veranlagungskommission behandelt, führt

Abg. Dr. Barth (frs. Vgg.) aus, daß es nach Inkrafttreten des Gesetzes Jedem, der noch kein Waarenhaus inne habe, möglich bleibe, unter anderen Firmen verdeckte Waarenhausbetriebe einzurichten.

Generalsteuerdirektor Burghart erwidert, es könne allerdings nöthig werden, neue Bestimmungen über die Deklarirung der Geschäftsinhaber zu erlassen.

§ 7 wird unverändert angenommen, ebenso ohne Debatte die §§ 8—12.

§ 13 gibt Bestimmungen über den Modus des Erhebens und den der Verwendung der Waarenhaussteuer durch die Gemeinde. Das Ergebniß der Steuer soll zur gleichmäßigen Erleichterung der Gewerbesteuer der Steuerklassen III und IV und weiter zur Bestreitung von vorzugsweise im Interesse von kleineren Gewerbetreibenden liegenden Gemeindebedürfnissen verwendet werden.

Abg. Metzger (Zentr.) beantragt, nur die Steuerklasse IV bei dieser Verwendung der Gewerbesteuer zu berücksichtigen und führt zur Begründung aus, daß es möglich sei, daß die Waarenhäuser ihre Preise derart herabsetzten, daß sie nur noch einen Verdienst von 5 Proz. hätten. Sie würden dann bei einem Umsatz von 300,000 M. in die 3. Gewerbesteuerklasse fallen. Bleibe nun die Bestimmung des § 13 bestehen, dann nähme man von diesen Betrieben mit der einen Hand die Waarenhaussteuer und gäbe ihnen aus dem Erträgniß dieser mit der anderen Hand die Gewerbesteuer zurück. Dies sei unzuträglich.

Abg. Winkler (kons.) ist mit den Motiven des Antrags Metzger einverstanden, glaubt aber, daß in die dritte Steuerklasse doch viele Betriebe fielen, zu deren Stärkung man das Gesetz mache. Er empfehle, den Antrag bis zur dritten Lesung so zu formuliren, daß die Gemeinden obligatorisch die Lasten der Gewerbetreibenden in Klasse 4 erleichtern sollen, aber auch fakultativ Gewerbetreibenden aus Klasse 3 Zuwendungen aus dem Erträgniß der Waarenhaussteuer machen könnten.

Nachdem noch Minister v. Miquel sich in demselben Sinne geäußert hat, erklärt

Abg. Metzger, er ziehe seinen Antrag zurück.

Der § 13 und der Rest der Vorlage wird nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Montag 11 Uhr: Zwangserziehung Minderjähriger.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Vizepräsident Dr. Krause, daß nach der dritten Berathung der Waarenhaussteuervorlage, die am Mittwoch auf die Tagesordnung gesetzt werden solle, eine Pause in den Verhandlungen bis nach Pfingsten eintreten solle.

Schluß ¼4 Uhr.

Deutschland.

* **Berlin,** 19. Mai. Um genau ein Zusammenwirken von Flotte und Landheer verfolgen zu können, sind während der diesjährigen Flottenmanöver an Bord der Kriegsschiffe kommandirt worden: Oberst Bernhardi, Abtheilungschef im großen Generalstab, Oberstleutnant Dingeldein, Inspekteur der 2. Festungs-Inspektion, und die Majore im großen Generalstab: v. Zihewitz, Dorrer und Freiherr v. Lüttwitz. — Heute reist der Landwirthschaftsminister Frhr. v. Hammerstein-Loxten mit dem Ministerialdirektor Dr. Thiel nach der Lüneburger Haide, um die mittelst Dampfpfluges bewirkten Aufforstungs- und Landwirthschafts-Kulturen auf dem Gute Lopau bei Brockhofe des Herrn Richard Toepffer zu besichtigen. Es sollen namentlich neue Dampfpfluggeräthe vorgeführt werden, die es ermöglichen, durch eine einzige Operation Oedland und Heideland in Ackerland zu verwandeln. — Nach einer der „Tägl. Rundschau" aus Dar-es-Salaam zugegangenen Meldung hat der Gouverneur v. Liebert seine auf den 19. Mai festgesetzte Abreise aus Ostafrika verschoben.

⊃ **Zum Fleischbeschaugesetze** erklärt die „Nordd. Allg. Ztg.", sie habe Grund, anzunehmen, daß die verbündeten Regierungen dem Antrage, der von den Landwirthsbündlern ausgeht, ihre Zustimmung nicht geben würden, ebenso wie sie jeden Antrag ablehnen würden, der für einen bestimmten Zeitpunkt weitergehende Fleischeinfuhrverbote gegenüber dem Auslande festsetze oder den vollständigen Ausschluß des Pökelfleisches enthalte. Dagegen habe der Antrag Aichbichler und Genossen (Kompromißantrag), falls er im Reichstage eine Mehrheit finde, sichere Aussicht auf Annahme im Bundesrath. Dieser Antrag bilde die äußerste Grenze der Zugeständnisse, zu welchen die Regierungen im Interesse eines Zustandekommens des Gesetzes sich glaubten verstehen zu können. — Die „Kreuzztg." bedauert, daß die „Deutsche Tagesztg." sich nicht mehr habe angelegen sein lassen, die Meinungsverschiedenheit der Konservativen in dieser Frage nach außen möglichst wenig in die Erscheinung treten zu lassen und, sofern Kundgebungen in dem einen oder dem anderen Sinne nicht vermieden werden könnten, diese von jeder Schärfe freizuhalten. Wohl sei der Wunsch begreiflich, durch Veröffentlichung von Zuschriften, die vom Lande eingehen und als Stimmungsbilder betrachtet werden, den Nachweis zu liefern, daß die eigene Auffassung in den betheiligten Kreisen die herrschende sei. Aber gerade hierbei erscheine Vorsicht ganz besonders geboten. Denn derartige Zuschriften seien häufig in einem Tone abgefaßt, der nichts weniger als sachlich sei. Auch ihr (der „Kreuzztg.") seien Zuschriften zugegangen, die ihre Auffassung zum Theil in recht scharfer Form vertraten. Sie habe jedoch von ihrer Veröffentlichung Abstand genommen. Denn nach wie vor halte sie an der Auffassung fest, daß die Frage des Fleischbeschaugesetzes nicht wichtig genug sei, um die über dasselbe bestehende Meinungsverschiedenheit in einer Form zum Ausdruck zu bringen, die geeignet sei, die Einigkeit der Partei zu gefährden.

* **Als Beitrag zu dem Kampfe um die lex Heinze** geht jetzt durch die liberale Presse ein Artikel der „Frankf. Ztg." gegen den Abg. Gröber. Es handelt sich darin, wie die „Germania" ausführt, um einen Vorfall, der schon eine Reihe von Jahren zurückliegt, der als Rechtsfall in einer Zeitschrift für internationales Strafrecht behandelt und bei der Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuchs im Reichstage im „Baierischen Vaterland" als „Revanche" für die Gröber'sche Bemerkung über die „Zu viel-Ehe" der weiteren Oeffentlichkeit mitgetheilt wurde. Im Jahre 1893 war gegen den früheren katholischen Pfarrer von Wachendorf, Oberamt Horb, wegen eines Sittlichkeitsdelikts vom Untersuchungsrichter ein Haftbefehl erlassen und auf Grund desselben seitens der württembergischen Regierung von den schweizerischen Behörden die Auslieferung beantragt worden. Die Staatsanwaltschaft nahm jedoch von der Auslieferung Abstand, weil dieselbe nach den Auslieferungsverträgen nicht begründet war. Als dann zum zweiten Mal die Auslieferung verlangt wurde, erging an Herrn Abg. Gröber von dem Requirirten die Anfrage, ob die Auslieferung rechtlich zulässig sei, nachdem die Staatsanwaltschaft selbst früher bereits die Unzulässigkeit derselben anerkannt habe. In seiner brieflichen Antwort legte Abg. Gröber dar, daß nach dem deutsch-schweizerischen Auslieferungsvertrage die Auslieferung nicht begründet war, und das Bundesgericht in Lausanne hat das ebenfalls anerkannt und die Auslieferung verweigert. Um ein förmliches „Rechtsgutachten" des Abg. Gröber handelt es sich also nicht, auch hat Abg. Gröber nicht „in seiner Eigenschaft als Landrichter in Heilbronn", sondern als ein in Württemberg sehr angesehener Jurist einem Landsmann seine juristische Ansicht kundgegeben, und daß diese rechtlich begründet war, ist nachher auch von dem schweizerischen Bundesgericht in Lausanne anerkannt worden. Auch nicht „um einen schamlosen Pfaffen vor der drohenden Auslieferung und der nachfolgenden Strafe zu retten", wie die „Frankf. Ztg." sagt, hat Abg. Gröber die Auslieferung als rechtlich unzulässig bezeichnet, sondern weil sie eben rechtlich unzulässig war. Vom Standpunkte des

---

19)

Mein Stern.

Roman von Melanie Steinrück.

Inzwischen war fast ein Jahr verflossen, und die ersten warmen Märztage verkündeten das Nahen des Lenzes. Gegen Ende des Monats fiel der Geburtstag einer Schwiegertochter des Herrn Stähelin. Derselbe sollte in diesem Jahre besonders festlich begangen und zugleich eine andere Familienfeier damit verbunden werden, nämlich die Vermählung der jüngsten Enkelin Stähelins.

Der alte Herr nahm einen Theil der Vorbereitungen selbst in die Hand. Seitdem er sich von seiner Tochter losgesagt, war er nicht mehr so heiter und vielgeschäftig gewesen wie jetzt. Mit Ausnahme des Brautpaares freute er sich vielleicht am meisten auf das Fest und bot alles auf, dasselbe so glänzend wie möglich zu gestalten. Aber sei es nun, daß er sich für sein Alter zuviel zugemuthet oder die Heimkehr vom Fest in der kühlen Nachtluft ihn nachtheilig beeinflußt, genug, kaum war er wieder zu Hause, so stellten sich Schmerzen im Halse ein. Gegen Morgen kam noch Fieber dazu, so daß sein Zustand die Besorgniß von Gattin und Kindern erregte.

„Schickt zu Doktor Stern", sagte er auf die theilnehmenden Fragen der Seinen.

„Aber bester Louis —", wagte seine Frau einzuwenden.

„Schickt zu Doktor Stern!" wiederholte er in steigender Erregung, und ohne einen weiteren Widerspruch wurde sein Befehl vollführt.

Esther kam, stellte einige Fragen und gab die nöthigen Verordnungen. Sie würde morgen wiederkommen, sagte sie beim Abschied; sollte sich wider Erwarten der Zustand des Patienten verschlimmern, möchte man sie sofort benachrichtigen.

„Halten sie Großpapa für sehr krank?" fragte Arnold, während er ihr das Geleit bis zur Hausthür gab.

„Wenn auch nicht für sehr krank, so kann man bei dem hohen Alter Herrn Stähelins nie wissen, was aus dieser Erkältung entstehen kann. Jedenfalls ist Vorsicht dringend gerathen."

„Sie sagen es mir offen, sobald irgend welche wirkliche Gefahr vorhanden?"

„Ich verspreche es Ihnen; vorläufig können Sie ganz ruhig sein."

„Und ich vertraue Ihnen von ganzem Herzen!" rief der junge Mann warm. „Auf Wiedersehen morgen früh!"

„Morgen früh!" wiederholte Esther und entzog ihm ihre Hand, die er länger als nöthig festhielt und nur widerstrebend freigab.

Esthers Patientenzahl hatte sich in den letzten sechs Monaten erfreulich vermehrt, hauptsächlich in Folge von Herrn Stähelins und des Waisenvaters warmer Empfehlung. Das Erträgniß ihrer Praxis ergab wenig mehr als einen bescheidenen Unterhalt, aber schon dieser kleine Erfolg beglückte sie. Sie war sich wohl bewußt, daß das gegen sie von vielen Seiten herrschende Vorurtheil nicht so leicht zu überwinden sei, aber voll Vertrauen auf Gott und die Zukunft hoffte sie mit der Zeit noch höhere Ziele zu erreichen. Wer je in ihrer Behandlung gewesen, war für sie eingenommen und verlangte nach keinem anderen Arzt.

Herr Stähelin hatte sich auch bemüht, sie in seine geselligen Kreise zu ziehen. Hier war er aber auf so hartnäckigen Widerstand gestoßen, namentlich in der eigenen Familie, daß er sein Vorhaben aufzugeben sich genöthigt sah. Aber dann und wann an seinen Schützling eine Einladung zum Mittagessen oder Abendbrod ergehen zu lassen, hatte er doch durchgesetzt. Und wehe demjenigen von den Seinen, der bei solcher Gelegenheit Dr. Esther Stern nicht mit vollkommener Höflichkeit und gebührender Hochachtung entgegenkam!

Merkwürdiger Weise war seine Gattin am meisten gegen das junge Mädchen eingenommen. Arnold dagegen theilte offen die Vorliebe des Großvaters. Die alte Dame, welche dem Kinde stets eine freundliche Gönnerin gewesen, konnte kein Zutrauen zu dem weiblichen Arzte fassen, und das unverhohlene Wohlwollen des Enkels trug vielleicht noch dazu bei, ihr eigenes zu untergraben.

Esther war von ihren Krankenbesuchen zurückgekehrt und saß in ihrem trauten Stübchen. Den Kopf in die Hand gestützt, den Arm auf dem Fenstersims, gab sie ihren Gedanken Audienz. Die Sonne war längst untergegangen, aber am reichgestirnten Himmel glänzte der Mond und warf sein silbernes Licht über den im ersten Frühlingsschmuck erblühenden Garten und hinein bis zu ihr in das stille Gemach. Dem Ofen entströmte eine angenehme Wärme, denn wenngleich die Tage sonnig und mild, waren die Nächte doch feisch und kühl.

Lange mochte sie so gesessen haben, als ein schrilles Läuten an der Hausthüre sie aus ihrem Sinnen aufschreckte. Wenige Augenblicke später klopfte es heftig an ihre Thüre und ehe sie noch eine Antwort gegeben, ward dieselbe aufgerissen und Arnold Stähelin trat bei ihr ein. Er hatte sie schon öfter aufgesucht, aber dann hatte sie ihn stets in Frau Ringwalds Salon empfangen, den die gütige Dame ihr zu Konsultationen freundlich zur Verfügung gestellt. Ihr eigenes Stübchen betrat er heute zum ersten Male. Eine feine Röthe überzog ihre Wangen, und ein strenger Blick strafte sein ungebührliches Vorgehen.

„Verzeihen Sie mein ungestümes Eindringen", sagte er, beinahe athemlos. „Ich bin in Eile. In Großpapas Befinden ist eine Veränderung eingetreten, die uns das Schlimmste befürchten läßt. Darf ich Sie bitten, mir sogleich zu folgen?"

„Ich bin bereit", erwiderte Esther, Hut und Shawl nehmend. „Aber wie kam das so plötzlich?" forschte sie, während beide die Treppe hinabeilten.

„Wir hatten über Mittag Besuch einiger auswärtiger Freunde, die noch von der gestrigen Hochzeit her zurückgeblieben waren. Großpapa fühlte sich bedeutend wohler als am Morgen, und vielleicht auf Ihr Wort, daß durchaus keine Gefahr vorhanden, schonte er sich nicht genugsam, trank einige Glas Champagner und begleitete sogar seine Freunde, zu Wagen natürlich, zur Bahn. Schon bei seiner Heimkehr klagte er über vermehrtes Halsweh, erlaubte jedoch nicht, Sie rufen zu lassen. Er meinte es würde schon von selbst vorübergehen. Statt dessen wurde das Uebel von Minute zu Minute schlimmer."

„Und ich mahnte doch so dringend zur Vorsicht", entgegnete Esther vorwurfsvoll. „Die gesellige Aufregung, der Champagner und die Ausfahrt haben vereint das Ihrige gethan, seinen Zustand zu verschlimmern."

„Ich glaube, er empfand dies selbst. Er schämte sich vor Ihnen seiner Unbesonnenheit und weigerte sich deshalb, sogleich zu Ihnen zu schicken", versetzte der junge Mann.

Schweigend legten sie den Rest des Weges zurück. Esther fand den Zustand Stähelins sehr besorgnißerregend. Sie gab dem Patienten selbst die schnell verschriebene und herbeigeholte Medizin ein und blieb die ganze Nacht an seinem Lager sitzen.

„Wäre es Ihnen nicht angenehm, wenn wir noch einen anderen Arzt zu Ihrem Beistand rufen ließen?" fragte Frau Stähelin mit schlecht verhehltem Mißtrauen.

„Ich bedarf dessen nicht", entgegnete Esther gelassen. „Sollte es Ihnen jedoch zur Beruhigung gereichen, habe ich nichts einzuwenden."

„Nein, ich will es nicht!" rief der Kranke, welcher die gedämpft gesprochenen Worte vernommen. „Ich will es nicht — hörst Du! Ich will keinen anderen Arzt."

Frau Stähelin biß sich auf die Lippen. „Wenn mein Mann stirbt, tragen Sie die Schuld", versetzte sie bebend vor Zorn und mühsam unterdrückter Angst.

„Wenn es Gottes Wille ist, daß ich sterben soll, so kann mich auch kein anderer Arzt retten", entgegnete der Gatte mit fieberglühenden Wangen.

„Frau Stähelin", fiel Esther mit nachdrücklicher Schärfe ein, „wenn Ihnen an der Erhaltung Ihres Herrn Gemahls liegt, ersuche ich Sie vor allem, ihm jede Aufregung fern zu halten. Sein Leben steht in Gottes Hand; was Menschenhülfe zu leisten vermag, werde ich nicht versäumen. Hoffen wir das beste!"

„Großmama, komm zu den Eltern", drängte Arnold, „Tante Amanda wird die Nachtwache mit Fräulein Esther übernehmen. Auch ich werde aufbleiben, und sollte es nöthig werden, kann leicht ein Wärter herbeigerufen werden."

„Vorläufig kann es noch unterbleiben", entschied Esther. Nur widerstrebend ließ Frau Stähelin sich von dem Enkel zu dessen Eltern führen. Es empörte sie, daß man sie gewissermaßen aus dem Krankenzimmer auswies, daß Esther die Stelle einnahm, die ihr von Rechts wegen am Lager des Gatten gebührte. Aber was konnte sie thun? Sie fühlte, daß es so am besten sei. Längeres Beisammensein mit jener arroganten Person hätte sicher Veranlassung zu weiteren aufregenden Szenen gegeben. Wie aber konnte ihr Gatte so verblendet sein und Arnold dazu!

530

Vermischtes.

* Die höchsten Schornsteine der Welt besitzt Deutschland. Das höchste Bauwerk dieser Art haben die Halsbrückener Hütten bei Freiberg in Sachsen, wo die dort anstehenden Erze verarbeitet werden; die Höhe des Schornsteins beträgt nicht weniger als 140 Meter, gibt also der des Kölner Domes nicht viel nach. Die lichte Weite an dem oberen Ende des Schornsteins mißt 2½, am unteren Ende 5½ Meter, die Wanddicke oben ½ und unten 1½ Meter. Auch der zweithöchste Schornstein der Welt befindet sich im Besitze der deutschen Industrie, und zwar der Bleiwerke von Mechernich im Kreise Schleiden (Regierungsbezirk Aachen), und ist 134 Meter hoch. Der höchste Fabrikschornstein in Amerika bleibt mit 107 Meter Höhe weit dahinter zurück, es ist dies der Schornstein auf der Zentralstation der Metropolitan Street Railway in New-York und ist dadurch merkwürdig, daß er auf seiner ganzen Höhe gleichbleibend den ungeheueren inneren Durchmesser von 6,71 Meter besitzt, während der äußere Durchmesser oben 7,32 und unten 11,84 (!) Meter beträgt. Ueber 3 Millionen Ziegelsteine wurden zu dem Bau dieses Schornsteins verbraucht. Es verlohnt sich, bei dieser Gelegenheit die ungeheure Anlage der Straßenbahn-Gesellschaft in

Rechts aus mußten sonach auch die „Frankf. Ztg." und die übrigen liberalen Blätter zugeben, daß der Abg. Gröber die Sache richtig beurtheilt hat und daß die Auslieferung ein Unrecht gewesen wäre. Aber freilich, es handelte sich hier um einen „schamlosen Pfaffen", wie die „Frankf. Ztg." sagt; hätte es sich um einen schamlosen Juden gehandelt, dann — ja Bauer, das ist ganz was anders.

‖ **„Die lex Heinze und ihre Gefahr für Kunst, Litteratur und Sittlichkeit."** Dies ist der Titel eines Schriftchens, das gerade zur rechten Zeit der Oeffentlichkeit übergeben wird, und das gerade angesichts der gegenwärtigen politischen Lage die weitgehendste Beachtung verdient, zumal der Verfasser ein bervorragender Parlamentarier ist. Der Zweck dieses Schriftchens ist, wie eingangs desselben klargelegt wird, den Inhalt der lex Heinze und die Tragweite ihrer einzelnen Bestimmungen in allgemein verständlicher Weise klar zu stellen. Der wüste Lärm, der gegen dies Gesetz erhoben wird, und die demonstrativen Protest-Kundgebungen, die fast ausnahmslos gegen Dinge sich richten, die das Gesetz gar nicht enthält, sind geeignet, in Kreisen, die sich bisher mit dem wirklichen Inhalt des Gesetzes nur wenig beschäftigt haben, eine gewisse Unsicherheit in der Auffassung hervorzurufen. Wenn man fortgesetzt Wochen und Monate hindurch von der „Erregung" liest und hört, die sich der gesammten gebildeten Kreise bemächtigt habe, von der „Entrüstung der gesammten Künstlerschaft", von den Protesten und Protestversammlungen der „Elite der Nation", von der „Knebelung der Kunst und Geistesfreiheit", von „Verdummung", „Muckerthum" und „Zelotismus", dann ist man naturgemäß geneigt, anzunehmen, daß doch ein solcher „Entrüstungssturm" vielleicht nicht ganz ohne Grund sei, und daß, wenn vielleicht manches übertrieben, doch eine gewisse Gefahr für Kunst und Wissenschaft dahintersteckt. Und dennoch nichts von dem, auch nicht eine Spur von Einschränkung der Kunst und Wissenschaft. Nur das Schamlose und Gemeine wird getroffen, das verrohend und entsittlichend wirkt und im schärfsten Kampfe mit der Kunst und Wissenschaft steht, die ihrer Natur nach veredelnd, bildend und erhebend wirken. Die Maßlosigkeit, Gehässigkeit und wüste Agitation, mit der die Bewegung gegen das Gesetz betrieben wird, konnte glauben machen, daß eine große Aktion in Frage stände, während es sich in Wirklichkeit um nichts anderes handelt, als um die durch die Verhältnisse von selbst gegebene, ja man kann sagen, durch die natürliche Logik gebotene Ausfüllung einer Lücke unseres Strafgesetzbuches, die sich schon längst in empfindlicher Weise fühlbar gemacht hat und was bei der Inszenirung des gegenwärtigen Entrüstungssturms auch allseitig anerkannt wurde. Dies alles wird von dem Verfasser überzeugend nachgewiesen. Hoffen wir, daß diese interessante und anregende Schrift, die mit strengster Sachlichkeit das Thema gründlich behandelt, ihrer Bedeutung entsprechend allgemeine Verbreitung finden möge!

⊙ **Zur Obstruktion im Reichstag** wird uns geschrieben:

„Die Berliner linksstehenden Blätter geben in ihrer Sonntagsnummer ihrer hellen Freude darüber Ausdruck, daß der Präsident Graf Ballestrem am Samstag entsprechend der Forderung des Abg. Singer die sozialdemokratische Interpellation wegen Bestrafung kontraktbrüchiger Landarbeiter in einigen Bundesstaaten für Montag auf die Tagesordnung gesetzt hat. Bekanntlich hatte der Abg. Spahn beantragt, im Interesse einer kontinuirlichen Behandlung der lex Heinze die Interpellation an zweiter Stelle auf die Tagesordnung zu setzen, diesen Antrag aber zurückgezogen, nachdem Graf Ballestrem bemerkt, er könne demselben nicht entsprechen, da er die Geschäftsordnung nicht nach dem Buchstaben handhaben könne. Der stürmische Beifall, welcher dieser Bemerkung von seiten der Linken gespendet wurde, setzt sich in den Sonntagsblättern der obstruirenden Parteien fort und in ihr mischen sich hämische Bemerkungen über den Abg. Spahn. So schreibt die „Voss. Ztg." höhnisch: „Zwar machte Herr Spahn den schüchternen Versuch, der Geschäftsordnung wieder eine neue „Auslegung" zu geben, als ob es genügte, die Interpellation zwar auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung, wie vorgeschrieben ist, zu stellen, aber in einer Form, daß sie nicht zur Verhandlung kommen kann. Wir wissen nicht, ob Herr Spahn bei den Jesuiten in die Schule gegangen ist. Aber sein Versuch schlug fehl, weil Graf Ballestrem sich in diesem Falle nicht als Jesuitenschüler, sondern als Präsident fühlte und seinem Freunde eine kleine Lektion darüber erhellte, daß nicht nur d m Buchstaben, sondern dem Geist der Geschäftsordnung genügt werden müsse, die Ansetzung der Interpellation als zweiten Punkt der Tagesordnung, nach der lex Heinze, aber so viel bedeute, als stände die Interpellation überhaupt nicht auf der Tagesordnung." Das „Berl. Tagebl." spricht von einer derben „Abfuhr", die dem Abg. Spahn durch den Präsidenten zu theil geworden sei. Die Frage, ob der Antrag Spahn geschäftsordnungsmäßig zulässig war, soll uns hier nicht beschäftigen, soviel sei aber doch bemerkt, daß er nach unserer Ansicht in dem vorliegenden konkreten Falle, wo die Minderheit die Mehrheit vergewaltigen will und die eingebrachte Interpellation nur der Obstruktion dienen soll, weit weniger gegen den Geist der Geschäftsordnung verstößt, als all die unzähligen Obstruktionsversuche der Linken und jene Interpellation selbst. Denn daß mit jener Interpellation nur Obstruktion betrieben werden soll, daran kann mit Ernst doch niemand zweifeln; man will die Minderheitsparteien ermüden und rechnet dabei auf die bevorstehenden Feiertage. Wer es nicht glaubt, kann es heute in der „Voss. Ztg." lesen; sie schreibt: „Durch die Einbringung der Interpellation über kleinstaatliche Gesetze gegen den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter wird der Reichstag gezwungen, die Verhandlung über die lex Heinze zu unterbrechen. Mit der Interpellation wird etwas Zeit gewonnen, und darauf kommt viel an, da die Festtage nicht mehr fern sind. Nach der Interpellation abermals 14 namentliche Abstimmungen und wie viele neue Anträge, die geschäftsordnungsmäßig berathen werden müssen, dann noch vorliegen werden, wer will es wissen?" — Uebrigens darf es schon jetzt als sicher gelten, daß der Reichstag erst am Montag die Interpellation noch nicht beantworten wird. Dann kommt unseres Erachtens der § 32 der Geschäftsordnung in Betracht, wonach der Reichskanzler den Tag der Beantwortung und Erörterung bestimmt. Wird dieser angewendet, so wäre die Freude der Obstruktionisten, durch ellenlange Begründungen der Interpellation die Berathungen über die lex Heinze noch weiter hinauszuziehen, ebenso kurz als vergeblich gewesen. Man könnte dann das Sprüchwort anwenden: Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.

Schweiz.

* **Bern**, 20. Mai. Das von der Bundesversammlung einstimmig angenommene Bundesgesetz betreffend Einführung der obligatorischen Kranken-, Unfall- und Militärversicherung wurde heute in der Volksabstimmung des schweizerischen Volkes mit 337,575 gegen 146,629 Stimmen verworfen.

Großbritannien.

* **London**, 19. Mai. Ein internationales Abkommen über Wildschutz in Zentral-Afrika ist heute von den Bevollmächtigten der betheiligten Staaten unterzeichnet worden.

New-York etwas näher anzusehen. Die Kraftleistung ihrer Zentralstation beläuft sich auf 70,000 Pferdestärken, die von 87 in drei Etagen untergebrachten Dampfkesseln geliefert werden. Jetzt will aber dieselbe Gesellschaft noch eine neue Kraftstation anlegen, die die bisherige noch weit übertreffe. Diese würde über eine Heizfläche von insgesammt 2800 Quadratmeter verfügen und stündlich 1500 Zentner Kohlen verbrauchen; auch die heutige Zentralstation der New-Yorker Straßenbahn verbraucht immerhin bereits 1040 Zentner Kohlen stündlich.

Parlamentarisches.

Berlin, 19. Mai. **Die Budgetkommission des Reichstages** setzte heute die Berathung der Novelle zum Reichsimpfgesetz fort. Art. 3 (Stempelabgaben von den Genußscheinen) fand nach kurzer Besprechung Annahme in der Fassung der ersten Lesung. Die Berathung des Art. 4 (Ermäßigung bei gewissen Arbitragegeschäften) wurde ausgesetzt. Zum Art. 5 (Tarif) wurde zunächst die Position „Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte" zur Diskussion gestellt. Abg. Büsing (ntl.) beantragte, Renten und Schuldverschreibungen ausländischer Staaten sowie ausländische Eisenbahnobligationen nur mit ¹/₂₀ vom Tausend zu besteuern, während in erster Lesung ¹/₁₀ festgesetzt war. Für diesen Antrag trat der bayerische Bundesbevollmächtigte Dr. Klügmann ein. Hamburg habe schon unter der bestehenden Börsensteuer durch den Ausfall von nordischen Papieren erheblichen Schaden gehabt; es stehe zu befürchten, wenn der Beschluß der ersten Lesung aufrecht erhalten werde, daß Hamburg völlig den nordischen Markt verliere. Der Antrag Büsing wurde angenommen. Es folgt die Festsetzung des Stempels für Kauf- und Anschaffungsgeschäfte der „Antheile gewerkschaftlich betriebener Bergwerke oder die darüber ausgestellten Urkunden. (Kuxscheine, Bezugsscheine, Abtretungsscheine.) In erster Lesung ist der Stempel für diese Geschäfte auf 1 v. T. festgesetzt. Staatssekretär Frhr. v. Thielmann bemerkte, man stehe in der ganzen Frage vor einem neuen Niguet. Er bemühe sich, von den Einzelstaaten die nothwendigen Materialien zur Klarstellung der Verhältnisse und das Effektiv der Kuxsteuer zu erhalten. Abg. Müller-Fulda (Zentr.) führte aus, der Umsatzstempel sei schon deshalb nothwendig, weil der Emissionsstempel auf Kuxe unsicher geworden sei. Die Abgg. Graf Oriola (ntl.) und Graf Arnim (Rp.) befürworteten den hohen Stempel mit dem Hinweis auf die außerordentlichen Gewinne, die häufig an Kuxen erzielt würden. Der Stempel treffe das Jobberthum. Die Kommission beschloß den Umsatzstempel für Kuxe in der Höhe von 1 v. T. beizubehalten. Der Umsatzstempel für sonstige Werthpapiere ist in der ersten Lesung auf ¹/₁₀ v. T. bemessen. Abg. Büsing (ntl.) erklärte, dieser hohe Stempel treffe garnicht die reichen Leute, sondern nur einen engen Kreis von Banken. Die Provinzialbanken würden durch den Stempel noch weiter zurückgedrängt werden. Abg. Müller-Fulda (Zentr.) bestritt dieses. Die Kommission hielt den Beschluß der ersten Lesung aufrecht. Der Kaufstempel für börsengängig gehandelte Waaren wird auf Antrag Müller-Fulda auf ¹/₂₀ pro Tausend normirt. Die Definition für die in Betracht kommenden Waaren ist folgende: „Als börsengängig gehandelt gelten diejenigen Waaren für welche an der Börse, deren Usancen für das Geschäft maßgebend sind, Terminpreise notirt werden und bei Waaren, in de en der Börsenterminhandel untersagt ist, diejenigen, für welche an der in Betracht kommenden Börse Preise für Zeitgeschäfte notirt werden." Geh. Rath v. Glasenapp erklärt, die Agio-Besteuerung werde wahrscheinlich eine Einnahme von mehreren Millionen ergeben. Hierauf wird Artikel 4 angenommen und auf Antrag Müller-Fulda beschlossen, die Abtheilung der Befreiungen im Tarif des Stempelgesetzes Ziffer 1 Abs. 1 und 2 festzusetzen. Dienstag: Fortsetzung.

Die **Budgetkommission des Abgeordnetenhauses** beschäftigte sich mit einem Antrag Kropatschek, der ihr bei Berathung des Kultusetats überwiesen worden ist. Der Antrag ersucht die Regierung, den Normaletat dahin abzuändern, daß den Oberlehrern an den vom Staate unterhaltenen Anstalten, seine Zulage nach denselben Grundsätzen gewährt werde, wie den Oberlehrern an den vom Staat unterhaltenen Anstalten. Weiter wird die Regierung gebeten, die Bestimmung über die Besoldung der Zeichenlehrer, der sonstigen technischen, der Elementar- und Vorschullehrer dahin abzuändern, da a) den festangestellten, vollbeschäftigten, geprüften Zeichenlehrern an höheren Schulen, die aber weniger als 12 Stunden wöchentlich Unterricht ertheilen, die in § 1 Nr. 4 des dritten Nachtrags zum Normaletat vorgesehenen Gehaltssätze gewährt werden, b) die in § 1, 5a des Normaletats im ersten Nachtrag für diese Lehrer vorgesehenen erhöhten Gehaltssätze auf die Stadtkreise Schöneberg, Charlottenburg und Rixdorf ausgedehnt werden. Diese letzte Forderung (unter b) hat die Kommission abgelehnt, den übrigen Theil der Anträge nach längerer Berathung dagegen angenommen. Die Kommission beschäftigte sich dann mit den zahlreichen Petitionen von Eisenbahnbeamten. Einzig eine Petition bezüglich der Nebeneinnahmen der Lokomotivführer und Heizer wurde als berechtigt anerkannt und der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Die **Abgeordnetenhaus-Kommission** zur Berathung des Antrags v. Eynern **auf Errichtung eines 50 Millionen-Fonds** aus den Etatsüberschüssen des letzten Jahres zur Vermehrung des Dispositionsfonds der Provinzen begann heute ihre Berathungen. Die Zentrumsabgg. Frhr. Heereman-Borken und Herold haben hierzu den Antrag eingebracht, die Regierung möge in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorlegen, wonach die den einzelnen Provinzen zustehende Dotationsrente unter Berücksichtigung der seitdem durch die Gesetzgebung herbeigeführten höheren Belastung und der Leistungsfähigkeit erhöht wird. Abg. Frhr. v. Zedlitz (freik.) beantragt hierzu einen Zusatz, daß auch die Benachtheiligung der leistungsfähigen Provinzen durch die Bestimmungen des § 20 a. a. O. berücksichtigt werden solle und die Rente einerseits nach der Leistungsfähigkeit, anderseits nach der Höhe der zur Erfüllung ihrer Aufgaben nothwendigen Leistungen festgesetzt werden. Der Antrag Frhr. Heereman wurde mit diesen Zusätzen angenommen.

Kirchliches.

* **Mainz**, 20. Mai. Heute Vormittag fand die Konsekration des neuen Bischofs Dr. Brück statt. An dem Festzuge nach dem Dom betheiligten sich die gesammte Diözesangeistlichkeit, überaus zahlreiche Vereine, sowie verschiedene Abordnungen der katholischen Studenten-Verbindungen und Vereine. Als Vertreter des Großherzogs war Provinzial-Direktor Freiherr v. Gagern erschienen; ferner waren anwesend: Die Bischöfe von Fulda, Limburg, Rothenburg, der Erzbischof von Freiburg, Generalvikar Jastrow, Oberbürgermeister Gaßner und die Spitzen der sonstigen Behörden. Nach der Feier im bischöflichen Palais nahm der Bischof die Glückwünsche entgegen, wobei Reichstagsabgeordneter Schmidt eine Ansprache hielt. Nachmittags 3 Uhr fand im Stadthause ein Festessen statt, bei welchem Bischof Dr. Brück einen Toast auf den Kaiser, den Großherzog von Hessen und den Papst ausbrachte. Freiherr v. Gagern brachte einen Trinkspruch auf den neuen Bischof aus. Oberbürgermeister Gaßner toastete auf die erschienenen Bischöfe: der Erzbischof von Freiburg auf die Stadt Mainz.

* **Rom**, 19. Mai. Der erste deutsche Pilgerzug des dritten Ordens ist glücklich hier angekommen.

Rheinland und Westfalen.

‖ **Neuß**, 21. Mai. Nach gestern bei dem hiesigen Bürgermeisteramt eingetroffener Nachricht, hat die Torpedobootsdivision die Einladung der Stadt, dem Hafen Neuß einen Besuch abzustatten, angenommen. Die näheren Dispositionen erfolgen demnächst. — Ein in der Küche allein gelassenes Kind spielte mit den Streichhölzern, welche sich entzündeten. Die Kleider fingen Feuer und ehe Hülfe gekommen, stand das Kind in hellen Flammen. Die erlittenen Brandwunden sind derart, daß an dem Aufkommen gezweifelt werden muß.

Stadtverordneten-Verhandlungen.

* **Barmen**, 20. Mai. Ueber den weiteren Verlauf der gestrigen Stadtverordnetenversammlung theilen wir noch mit: Die Firma H. J. Kayser wünscht einen der Stadt gehörigen, an der Schulstraße belegenen 244 Quadratmeter großen Platz zwecks Errichtung eines Wohnhauses zu erwerben. Sie bietet hierfür 4000 M., wogegen sie die Bedingung macht, daß sie von den Beiträgen für Kanalisirung, Legung der Gas- und Wasserleitung befreit wird. Versammlung erklärt sich mit Annahme des Gebotes einverstanden. — Das städtische Wohnhaus Oberstraße 29 soll neu vermiethet werden. Die Versammlung erklärt sich mit dem Angebot des Herrn Loebel einverstanden. — Die Anschaffung eines städtischen Sprengwagens zum Kostenpreise von 1271 M. wird endgültig genehmigt. — Ebenso erklärt sich die Versammlung mit der Anstellung des Schlossers Kremer als Schuldiener an der städtischen höheren Knabenschule einverstanden. — Der neugewählte Sparkassenrendant, Herr Neuer, hat mit dem 15. Mai sein Amt angetreten. In der Geschäftsführung sind seit verschiedene Neuerungen eingeführt. So wird die Sparkasse von jetzt ab an allen Werktagen für Ein- und Auszahlungen geöffnet sein. Sodann sollen Maßnahmen getroffen werden, um die Geschäftsführung der Kreissparkasse anzupassen, welche den Gemeindesparkassen bis jetzt starke Konkurrenz gemacht hat. — Für Anschaffung verschiedener Möbel in den Geschäftsräumen der Kasse bewilligt die Versammlung 400 Mark aus Sparkassenmitteln. — Ein Gesuch des Schuhwaarenhändlers Krautmann, an der Linnerstraße ein Wohnhaus errichten zu dürfen, wird unter den üblichen Bedingungen und unter Festsetzung des Beitrages zu den Straßenbaukosten genehmigt. — Es liegt ein Antrag der gemeinnützigen Baugesellschaft vor, ihr die Kosten der Erdarbeiten bei dem Bau ihrer 8 Häuser an der Hermannsmühle in die Straßenbaukosten aufzunehmen und ihr später wieder gutzuschreiben. Der Antrag wurde genehmigt und die Kosten mit 80 Pfg. per Kubikmeter festgesetzt. — Mit der Renderung der Bedingungen bezüglich der Kanalisirung bei Schaugräben an der Eisenbahn erklärt sich die Versammlung einverstanden, um diese Sache nach zweijähriger Verhandlung endlich zum Abschluß zu bringen. — Für die Kreelderstraße ist eine neue Fluchtlinienfestsetzung vorgeschlagen, welche Herr Stadtbaumeister Bäcker an der Hand von Plänen erläutert. Versammlung erklärte sich mit den vorgeschlagenen Aenderungen, insbesondere an dem Straßer'schen Hause, einverstanden. — Ein Mitglied der Werftkommission theilt mit, daß ihm von mehreren Interessenten gerechtfertigte Wünsche betreffs des Betriebes der Werftbahn übermittelt worden seien und beantragt, baldigst eine Sitzung der Werftkommission anzuberaumen. Der Vorsitzende sagt dies zu. — Es folgte dann geheime Sitzung.

Lokales.

€ **Krefeld**, 21. Mai. Die gestern Vormittag in der „Königsburg" stattgehabte Versammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland, Bezirk Stephanspfarre, war, wie schon kurz gemeldet, sehr zahlreich besucht. Der Vorsitzende, Herr Wilh. Birckx, machte zur Eröffnung derselben die erfreuliche Mittheilung, daß während eines Monats über 100 Mitglieder dem Vereine beigetreten seien. Redner ermunterte die Anwesenden, auch fernerhin mit Eifer neue Mitglieder zu werben. — Es ertheilt nun das Wort der hochw. Kapuzinerpater Bernard zu einem Vortrage über „Die Bedeutung des Volksvereins für das kath. Deutschland. Der hochw. Herr, von der Versammlung lebhaft begrüßt, führte u. a. aus, die Hauptaufgabe des Volksvereins sei, das katholische Denken und Fühlen zum Gemeingute des ganzen katholischen Volkes zu machen. In der heutigen Zeit, in der durch die religionslose Sozialdemokratie die Religion zur Privatsache erklärt werde, hätten alle katholischen Männer die Pflicht, diesen für Staat und Kirche gefährlichen Bestrebungen energisch entgegen zu treten. Die Religion sei eine Herzenssache des einzelnen und eine Sache des öffentlichen Lebens. Wir lebten im Zeitalter der Vereine, deren Existenzberechtigung man nicht immer anerkennen könne. Es könnte nun die Meinung auftauchen, als ob der Volksverein bei der Ueberzahl der Vereine überflüssig wäre. Das sei nicht der Fall. Die Katholiken sollten nicht vergessen, daß die Feinde der Religion noch immer den Kampf gegen die katholische Kirche führten und daß die Gefahr heute größer geworden sei denn je. Angesichts dieser Thatsache müßten die Katholiken dem Feinde, der wohl organisirt sei, eine ebenso geschlossene Phalanx entgegensetzen. Die Führer des katholischen Volkes dürften in diesem Kampfe nicht allein dastehen, sondern sie müßten alle katholisch denkenden und fühlenden Männer, die im katholischen Volksverein organisirt seien, hinter sich haben. Dann würde das katholische Volk auch siegreich aus allen Kämpfen hervorgehen. Wie nothwendig es sei, daß die Katholiken sich im Volksverein zusammenscharten, hätten noch die letzten Reichstagsverhandlungen über die lex Heinze bewiesen, mit der man doch nichts anderes erstrebe, als Schutz der Jugend vor der Unsittlichkeit. Der hochwürdige Herr kam nun auf den Liberalismus zu sprechen, der die Freiheit des Einzelnen erstrebe auf wirthschaftlichem Gebiete wolle er dieselbe jedoch nicht. Der Sozialismus habe nun daraus den richtigen Schluß gezogen, indem er die Freiheit auf allen Gebieten verlange. Wie ganz anders sei nun die Freiheit im christlichen Sinne! Der Kath lik erkenne in Gott bezw. in seinem Stellvertreter eine Autorität an und als Mitglied der menschlichen Gesellschaft erkenne in seinen Mitmenschen den Nächsten, den er achte und ehre und dem gegenüber er auch Pflichten habe. — Der hochw. Herr richtete zum Schlusse einen warmen Appell an die Anwesenden, neue Mitglieder, namentlich jüngere Leute, für den Verein zu werben. — Nachdem der Beifall, der den Ausführungen des Herrn P. Bernard gefolgt war, sich gelegt hatte, ergriff der Geschäftsführer des katholischen Volksvereins, Herr Rechtsanwalt Krüsemann, ebenfalls stürmisch begrüßt, das Wort zu einem Vortrage über den sozialdemokratischen Zukunftsstaat. Den häufig von reichem Beifall unterbrochenen lichtvollen Ausführungen entnehmen wir das folgende: Der Sozialdemokrat, der an keinen übernatürlichen Gott glaube, schwöre fest auf das Erstehen des Zukunftsstaates, von dem bis jetzt noch kein Mensch etwas Näheres wisse. Als im Jahre 1893 Herr Abg. Dr. Karl Bachem im Reichstage die große Debatte über die Gestaltung des sozialdemokratischen Zukunftsstaates mit den Herren „Genossen" Liebknecht, Bebel und Singer hervorrief führte, habe der sozialdemokratische Abg. Bebel geäußert: „Wir denken gar nicht daran, daß es einen sozialdemokratischen Zukunftsstaat geben wird, wir befinden uns in einer beständigen Mauserung." Wenn die Führer dies sagten, dann könne man es uns Katholiken nicht übel nehmen, wenn wir der Ansicht seien, daß die Herren „Genossen" ganz andere Zwecke verfolgten, als für den Staat und seine Bürger zu sorgen, sondern daß es sich um ein agitatorisches Treiben handle und darum, Haß und Unfrieden zu stiften. Im sozialdemokratischen Zukunftsstaat sollten alle Betriebe verstaatlicht werden. Diese Verstaatlichung würde nicht ohne Kampf vor sich gehen, denn man könne es sich doch kaum denken, daß ein Unternehmer oder ein Handwerker so leichten Kaufes in dieselbe einwilligen würde. Selbst dann, wenn es gelingen sollte, sämmtliches Vermögen in den Säckel des Staates hineinzubringen, entstünde die Frage: Wer solle arbeiten und wer nicht und wie würden die verschiedenen Geschäfte vertheilt und von wem? Auf diese Einwendungen antworteten die Herren „Genossen", das könne jetzt noch nicht bestimmt werden. Was würden z. B Bebel, Singer und Genossen sagen, wenn sie diese oder jene Beschäftigung zugewiesen erhielten. Mithin sei es also eine banale Phrase, von einer Gleichheit im sozialdemokratischen Zukunftsstaat zu reden. Welch ein trauriger Ausblick biete sich im sozialdemokratischen Zukunftsstaat uns ferner dar in Bezug auf das Familienleben? Die Ehe solle abgeschafft und die Kinder in Staatsanstalten erzogen werden. Sei es doch gerade ein geordnetes Familienleben, das jedem Menschen sein Loos erträglich mache und in dem er neuen Muth und neue Kraft sammele für den folgenden Arbeitstag. Es sei eine heuchlerische Art und Weise, mit solchen Phrasen zu arbeiten. Wir Katholiken wollen mit allen Kräften für unser irdisches Wohl sorgen, wir wollen aber auch das Herz sprechen lassen, das sich nach Gott sehne! — Die beiden Vorträge wurden von der Versammlung mit reichen Beifallsbezeugungen aufgenommen. Mit einem von Herrn Tischlers auf die beiden Herren Redner ausgebrachten Hoch wurde die Versammlung um 1¹/₂ Uhr geschlossen.

** **Krefeld**, 21. Mai. Der erste Jahresbericht des „Vereins für Haushaltungsschule" wird uns freundlich übersandt. Der Verein hat sich im vorigen Jahre gebildet und zählt zu seinen Vorstandsmitgliedern folgende Damen und Herren: Pastor Kühnen, Vorsitzender, Leo Schmitz, Kassenführer, Kommerzienrath F. W. Deussen, Fräulein M. Engel, Frau de Greiff, Frau Moritz de Greiff, Frau C. Hagemeyer, Frau C. Haupt, Fräulein M. Kühler, Frau Geheimrath Küper, Frau Fritz Leendertz, Frau Heinrich von der Leyen, Heinr. Müller-Brüderlin, Frau Heinr. te Reues, Kommerzienrath Alb. Oetker, Frau Alb. Scheibler, Frau Hermann Schelleckes, L. F. Scheffardt, Pastor Starck, Fräulein Th. Traberth. Dem Verein gelang es, im vorigen Jahre aus freiwilligen Beiträgen zunächst eine Haushaltungsschule im Hause Ecke der Garten- und Lohstraße einzurichten. Dieselbe besteht außer Küche und Vorrathskammer aus vier getrennten Räumen: von dem Hausflur tritt man links in das geräumige Näh- und Flickzimmer, daran schließt sich ein Raum zum Einnehmen der Mahlzeiten; das luftige helle Schlafzimmer wurde für die Küche bestimmt, aus der man in das Bügelzimmer mit Waschküche tritt. Für diese Haushaltungsschule sind Kurse von je einem halben Jahre eingerichtet; zu jedem Kursus werden 24 Mädchen zugelassen; an drei Abenden der Woche Dienstag, Mittwoch und Freitag von 7—10 Uhr findet der Unterricht statt und zwar für 12 Mädchen im Flickzimmer, für 8 Mädchen in der Küche und für 4 im Bügelzimmer; wöchentlich wechseln die Schülerinnen ihre Thätigkeit. Der erste Kursus begann am 18. Juli v. J. Mit einer Ausnahme einer Schülerin, deren häusliche Verhältnisse (Krankheit) den weiteren Besuch des Unterrichts verhinderten, haben alle den Kursus ganz durchgemacht. Am Schlusse des Kursus erhielten die Mädchen ein kleines Erinnerungsgeschenk, das nützliche Büchlein: „Wegweiser zum häuslichen Glück". Die erfreulichen Erfahrungen des ersten Kursus haben sich laut dem Jahresbericht in dem jetzt bald abgeschlossenen zweiten Kursus nicht nur wiederholt, sondern noch gesteigert. Der Bericht schließt mit einem Dank und einem warmen Appell an die freundlichen Geber. Wir unserseits können es nur mit Freuden begrüßen, daß den Jahre langen erfolgreichen Bemühungen der katholischen Arbeiterinnen-Vereine und ihrer Leiter und Gönner auf dem Gebiete des Haushaltungsschulwesens nun auch andere einflußreiche und leistungsfähige Kreise sich zugesellen; es kann nach dieser Richtung in einem Gemeinwesen wie dem unserigen nicht genug geschehen!

** **Krefeld**, 21. Mai. Der gestrige Sonntag wurde, wenn auch noch eine ziemlich kühle Mailuft wehte, recht viel zu Spaziergängen benutzt. Ueberall traf man frohe Menschen an, die sich in Gottes freier Natur erfreuten. Eine große Zahl von Wanderern hatte ihre Schritte nach dem Garten-Etablissement „Driesenhof" gelenkt, wo die Sänger-Vereinigung ihr Maifest arrangirt hatte. Die Zahl der Anwesenden war so groß, daß der Saal und die Veranda dieselben nicht fassen konnten; ein großer Theil mußte sich mit einem Plätzchen im Garten begnügen. In letzterem gab die Städtische Kapelle unter Leitung ihres Direktors Herrn Blättermann ein schönes Konzert, während im Saale der festgebende Verein mit mehreren prächtigen Liedern aufwartete, die lebhaft applaudirt wurden. Wir nennen u. a. den Chor „Rheingauer Gruß" von Möhring, „Gretelein" von Attenhoffer, „Mutterlie e" von Voigt. Auf dem Spielplatze amüsirte sich die Jugend mit den verschiedensten Spielen und allerhalben herrschte eine animirte Stimmung. Bei einbrechender Dunkelheit wurde ein schönes Feuerwerk abgebrannt. Ein jeder Festtheilnehmer wird den Nachhausegang angetreten haben in dem Bewußtsein, einen vergnügten Sonntag verlebt zu haben.

‖ **Krefeld**, 21. Mai. Es wird uns geschrieben: Einsender dieses durchwanderte gestern mit seiner Gattin die Heydweilerschen Besitzungen. Die reiche Abwechselung der einzelnen Gruppen von Bäumen und Sträuchern, die schönen Teiche mit ihren lustig schwimmenden Goldfischen, die zum Ausruhen hingestellten, so bequem eingerichteten Bänke des Verschönerungsvereins, alles dieses ist so recht geeignet, dem in der Woche mit Arbeit beladenen Menschenkinde am Sonntag Nachmittag eine schöne und kostenlose Erholung zu verschaffen. Aber, wie wird dieses Entgegenkommen belohnt?! Rohe Menschen brachten es fertig, jungen Bäumchen die Köpfe abzuschneiden und tiefe Einschnitte in die Rinde zu machen, wodurch der jungen Pflanze, wenn auch nicht sofort, so doch allmählich das Leben genommen wird. Solche Thaten gewissenloser Bauernfrevler empören das Gefühl des sittlichen Menschen in außerordentlichem Maße und allgemein herrscht große Entrüstung. Hoffentlich wird unsere Polizei sich keine Mühe verdrießen lassen, die Thäter zu ermitteln, damit sie durch eine exemplarische Strafe vor solchen Schandthaten zukünftig zurückgeschreckt werden.

Telegraphische Depeschen

der „Niederrheinischen Volkszeitung."

W **Berlin**, 21. Mai. **Reichstag.** Das Haus ist stark besetzt. Der Präsident verliest die Interpellation der Sozialdemokraten, betreffend die Bestrafung kontraktbrüchiger ländlicher Arbeiter.

Staatssekretär Nieberding erklärt sich bereit, die Interpellation namens des Reichskanzlers zu beantworten. Da aber vorher das Einvernehmen mit den betheiligten Regierungen erforderlich sei, werde die Beantwortung am 30. Mai erfolgen.

Präsident Ballestrem erklärt damit die Interpellation für heute für erledigt und wird dieselbe für den 30. Mai auf die Tagesordnung setzen. Der Präsident schlägt dann dem Hause vor, den 4. Gegenstand der Tagesordnung heute zuerst zu berathen, nämlich das Fleischbeschaugesetz. Das Haus ist damit einverstanden. Der größte Theil des Zentrums verläßt hierauf den Saal. Sodann tritt das Haus in die 3. Lesung des Fleischbeschaugesetzes ein.

In der Generaldebatte erklärt Abg. Baudert (Soz.): Wenn die Beschlüsse der zweiten Lesung in der dritten Lesung bestätigt würden, so würde die sozialdemokratische Partei gegen das ganze Gesetz stimmen.

Abg. Wangenheim (Bund der Landwirthe) bestreitet, daß die Forderungen der Landwirthe zu weitgehend seien.

Abg. Dr. Pachnicke (frs. Vgg.) erklärt, wie sich das Gesetz nach der zweiten Lesung gestalte, sei es unannehmbar.

W **Berlin**, 21. Mai. **Abgeordnetenhaus.** Das Haus berieth in zweiter Lesung das Gesetz betr. Zwangserziehung Minderjähriger.

Abg. v. Zedlitz (kons.) bringt die vorgestrigen und gestrigen Ruhestörungen in Berlin zur Sprache und fragt, ob die Regierung es für zweckmäßig halte, schon heute beruhigende Erklärungen abzugeben.

Minister v. Rheinbaben erklärt sich gern bereit, Auskunft zu geben, um so mehr, als die Vorgänge der letzten Tage nicht nur Berlin, sondern das ganze Vaterland zu berühren angethan sind. Hinsichtlich der Lohndifferenzen hält die Regierung an dem Grundsatz fest, daß die Austragung derartiger Lohnstreitigkeiten den Betheiligten zu überlassen ist. Nun aber beschritten die Angestellten der Straßenbahn einen überaus bedenklichen Weg. Sie begaben sich unter die Führung der sozialdemokratischen Gewerkschaft und ließen sich unter deren Leitung zu Forderungen bewegen, die mit der Disziplin und der Aufrechterhaltung der Ordnung nicht mehr vereinbar waren. Wäre die Direktion auf diese Bedingungen eingegangen, dann hätte die Aufsichtsbehörde prüfen müssen, ob sie nicht von Aufsichtswegen dagegen hätte einschreiten müssen. Für ihn (den Redner) handle es sich darum, die öffentliche Ordnung allen Angriffen gegenüber unnachsichtlich und nachdrücklich aufrecht zu erhalten. Er glaube sagen zu können, daß die Polizei bewiesen habe, daß sie ihrer Aufgabe gewachsen sei und ihre Aufgabe vorzüglich gelöst habe. Das bedenklichste sei für ihn (Redner) gewesen, daß unter dem Einfluß von Ausschreitungen der Verkehr lahmgelegt wurde. Er habe deshalb Samstag Nacht mit dem Polizeipräsidium und der Straßenbahndirektion eine Konferenz abgehalten. Wir waren der Meinung, daß allen Angriffen zum Trotz der Verkehr wieder aufzunehmen sei und diesem Verkehr polizeilicher Schutz gewährt werden müsse; so wurde gestern früh der Verkehr auf 17 der wichtigsten Linien aufrecht erhalten. Der Verkehr vollzog sich auf allen Linien ohne Ruhestörung, bis auf die schweren Ausschreitungen am Rosenthaler Thor. Die Polizei drängte, als geschossen und mit Steinen geworfen wurde, zweimal energisch, in rücksichtsloser Weise mit blanken Waffen, die Ausschreitenden zurück. Wenn dabei Personen verletzt wurden, so bedauern wir das, können es aber nicht ändern. Ich kann nur die Bitte des Polizeipräsidiums wiederholen, daß sich das gesittete Publikum nicht an den Zusammenrottungen betheiligen möge. Er, Redner, hoffe, mit den Polizeimannschaften allen Stürmen die Stirne bieten zu können, müsse aber auf alle Fälle gerüstet sein. Es seien deswegen Truppen konsignirt worden.

W **Berlin**, 21. Mai. Der Seniorenkonvent des Reichstags beschloß heute vor Beginn der Sitzung einstimmig, heute nach Erledigung der sozialdemokratischen Interpellation betreffs Beschränkung der Arbeiterrechte durch einzelne Bundesstaaten nicht in den zweiten Punkt der

lex Heinze eingutreten, sondern zunächst die Berathung des Fleischbeschaugesetzes, die als vierter Punkt auf der Tagesordnung stand, vorzunehmen. Der Entschluß über die Weiterberathung der lex Heinze wird vorbehalten.

W **Wiesbaden,** 21. Mai. Bei der gestrigen Oberon-Aufführung der Festspiele war das Haus ausverkauft. Die Vorstellung verlief unter den gewohnten festlichen Veranstaltungen. Der Kaiser saß in der Hofloge, neben dem Kaiser rechts saß der Großherzog von Hessen, links der Großherzog von Sachsen-Weimar und die Prinzessin Friedrich Karl von Hessen. In der 2. Reihe hatten Prinz Heinrich und Friedrich Karl von Hessen, der Botschafter v. Osten-Sacken und Graf Bülow Platz genommen. Lebhafter Beifall ertönte.

W **Paris,** 21. Mai. Auf das Huldigungstelegramm, das die vorgestern im Deutschen Hause in der Weltausstellung versammelten Festtheilnehmer an den deutschen Kaiser abgesandt hatten, ist nachfolgende Antwort an Geheimrath Goldberger eingegangen: „Wiesbaden, Schloß, den 19. Mai 1900. Se. Majestät der Kaiser und König lassen dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller für den freundlichen Gruß von der Weltausstellung bestens danken. Se. Majestät freuen sich über den zahlreichen Besuch der Ausstellung seitens der Berliner Kaufleute und Industriellen und wünschen allen eine neue Anregung zu segensreicher Arbeit. Auf Allerhöchsten Befehl v. Lucanus, Geh. Kabinetsrath."

W **Paris,** 21. Mai. Anläßlich der Gemeinderathswahlen richteten viele Gemeinderäthe an Präsident Loubet und die Regierung Schreiben, worin sie ihre Hingebung und Anhänglichkeit an die Politik der republikanischen Vertheidigung und des demokratischen Fortschritts und ihr Vertrauen dazu zum Ausdruck zu bringen, daß das Ministerium diese Politik befolgt. — Bei den Generalrathswahlen im Seine-Departement wurden in 21 Kantonen 7 Nationalisten, 1 Patriot, 1 unabhängiger Sozialist, 1 revolutionärer Sozialist, 7 Radikale oder Sozialisten gewählt. 4 Stichwahlen sind erforderlich.

W **Madrid,** 21. Nov. Nach einem Lissaboner Telegramm bestätigt das Blatt „Patria" die Meldung, daß die Regierung von Transvaal die Ausweisung des portugiesischen Konsuls verfügte; sie bewilligte ihm aber einen Aufschub seiner Reise, weil seine Frau erkrankt ist.

W **Roermond,** 21. Mai. Im benachbarten Echt wurde in einem Wohnwagen bei einer herumziehenden Bettlerfamilie ein Fall schwarzer Pocken konstatiert. Als die Polizei die davon betroffene Person sistieren wollte, war sie mit ihrer Begleitung verschwunden. Bis jetzt konnte sie nicht aufgefunden werden.

W **Karlsruhe,** 21. Mai. Die Schaffner und Fahrer der elektrischen Straßenbahn sind gestern in den Ausstand getreten. Sie verlangen Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit. Der Betrieb ist nur beschränkt.

W **Paris,** 21. Mai. Der Maler Franz von Lenbach wurde von der Akademie der bildenden Künste zum korrespondirenden Mitglied gewählt.

W **Gent,** 21. Mai. Der Ausstand der Weber nimmt erheblich ab. In Ninova wurde die Arbeit, nachdem die Arbeitgeber einige Zugeständnisse gemacht hatten, allgemein wieder aufgenommen.

□ **Brüssel,** 21. Mai. Den Blättern zufolge, kam es bei den gestrigen Sonntagsübungen der Artillerieabtheilung der Genter Bürgergardisten zu einem ernsten Zwischenfall. Am vorhergehenden Sonntag hatte sich eine Anzahl Bürgergardisten geweigert, den in französischer Sprache gegebenen Befehlen ihrer Vorgesetzten zu gehorchen. Seit 1½ Jahren erfolgte das Kommando in vlämischer Sprache. Die Protestler behaupteten, die Anwendung der französischen Sprache sei ungesetzlich. Als der Kommandant am Versammlungsort eintraf, traten mehrere Mann vor und verlangten in vlämischer Sprache kommandirt zu werden. Statt der Aufforderung nachzukommen, befahl der Kommandant den Widerspenstigen, nach Hause zu gehen. Diese mengten sich unter das zahlreiche Publikum, welches den Kommandanten verhöhnte. Polizei in Civil schritt ein und nahm eine Anzahl Verhaftungen vor. Als am Schluß der Uebung die anderen Bürgergardisten ihre Sympathie für ihren Kommandanten kundgaben, kam es zwischen ihnen und den Protestlern zu einem Handgemenge, an dem auch das Publikum theilnahm. Die Polizei hatte Mühe, die Streitenden zu trennen. Einige Personen wurden verhaftet.

Der Streik bei der großen Berliner Straßenbahn.

W **Berlin,** 21. Mai. Die gestrigen Ausschreitungen beschränkten sich im Ganzen auf den Bezirk Rosenthaler Thor; diejenigen an einigen anderen Plätzen waren unbedeutend. Die Exzedenten waren wiederum hauptsächlich junge Burschen, während sich die streikenden Straßenbahnangestellten selbst an den Tumulten nicht betheiligten. Gegen Mitternacht zeigten alle Straßen und Plätze wieder ihr gewohntes Aussehen. Ein öffentlicher Anschlag des Polizeipräsidiums warnt vor Zusammenrottungen. Den Morgenblättern zufolge wurden gestern zwei Schutzleute schwer verwundet, zwei Arbeiter sind in Folge von Verletzungen durch Säbelhiebe im Krankenhause gestorben. Ueber 50 Personen wurden leicht verletzt. 108 Verhaftungen wurden vorgenommen. Durch die beiden aus dem Publikum abgegebenen Schüsse wurde niemand verletzt. Es verlautet, Oberbürgermeister Kirschner solle die Vermittelung zwischen den Ausständigen und der Straßenbahngesellschaft übernehmen.

W **Berlin,** 21. Mai. Der Streik der Straßenbahnangestellten ist nach erneuten Verhandlungen zwischen der Direktion und den Angestellten unter der von den letzteren erbetenen Vermittelung des Oberbürgermeisters Kirschner beigelegt. Die Angestellten erklären sich mit dem Anerbieten der Direktion einverstanden, nachdem ihnen zum Aufrücken in die letzte Gehaltsstufe noch 2 Zwischenstufen bewilligt wurden. Die Wiederaufnahme des völligen Betriebes ist alsbald zu erwarten.

Der Krieg zwischen England und Transvaal.

In London dauert die Begeisterung über den Entsatz Mafekings noch ungeschwächt fort. Die Straßen sind von jubelnden Menschenmassen angefüllt; der Wagenverkehr ist sehr erschwert. Die Omnibusse sind dicht besetzt mit Männern und Frauen, die patriotische Lieder singen und Fahnen schwingen. Die Häuser, sowie fast alle Droschken und andere Fuhrwerke sind mit den englischen Nationalfarben geschmückt. Vielfach werden Rosetten und Schleifen an den Kleidern getragen. Am Samstag Nachmittag fand ein sehr zahlreich besuchter Dankgottesdienst in der St. Paulskathedrale statt. In der City und im Westend werden Vorbereitungen für eine glänzende Illumination getroffen. Die Königin sandte Lord Roberts und dem Obersten Baden-Powell Glückwunschdrahtungen. Fast alle Geschäfte ruhen. Auch aus den Provinzen liegen Nachrichten vor, daß der Erfolg bei Mafeking mit gleicher Begeisterung wie in London gefeiert wird.

Telegraphische Depeschen.

W **London,** 21. Mai. „Daily Expreß" glaubt, konstatiren zu können, in den letzten 24 Stunden sei im Auswärtigen Amte ein an Salisbury persönlich gerichtetes Telegramm des Präsidenten Krüger mit Friedensvorschlägen eingegangen. — „Standard" meldet aus Kroonstadt vom 19. dss.: Kommandant Dewet bei Lord Roberts an, er wolle sich mit seinen Tausend Mann ergeben unter der Bedingung, daß sich die Leute auf ihre Farmen begeben können. Lord Roberts entgegnete die Kapitulation müsse bedingungslos sein. Die „Times" meldet aus Kroonstadt vom 18. dss.: Der schnelle Vormarsch Lord Roberts von Bloemfontein dorthin hat die Buren bei ihren Vorbereitungen zum Widerstande vollkommen demoralisirt. Sei es nun der einzige Weg, durch solche Eilmärsche vorzudringen, so sei es andrerseits nothwendig, die Flanken zu sichern und für genügende Vorräthe zu sorgen. Lord Roberts wartet daher das Eintreffen von Vorräthen ab; danach wird er im Stande sein, schnell auf das gewählte Ziel vorzustoßen.

W **London,** 21. Mai. Die „Times" melden aus Lourenco Marques: Am 20. Mai fand hier zwischen Matrosen des niederländischen Kreuzers „Friesland" und portugiesischen Polizeimannschaften ein Zusammenstoß statt. Die Letzteren machten von den Bajonetten Gebrauch und verwundeten drei Matrosen, einen davon schwer.

W **London,** 21. Mai. Lord Roberts telegraphirt aus Kroonstadt vom 20. ds., es sei noch keine amtliche Meldung vom Entsatz Mafekings bei ihm eingegangen, aber eine Reuterdepesche besage, daß Mafeking entsetzt sei.

W **London,** 21. Mai. Die „Daily News" meldet aus Lourenço Marques vom 20. dss. Mts.: **Die ganze Burenmacht um Mafeking** wurde sammt den **Geschützen** am 17. dss. Mts. von den **Engländern gefangen genommen.** Die Engländer besetzten am 17. dss. Mts. Klerksdrop ohne Kampf.

Vermischtes.

* Der Druckfehlerteufel. Wie man der „Kl. Pr." mittheilt, hat der Druckfehlerteufel — eine in höllischen Kreisen wegen seiner Jovialität wohlgelittene Persönlichkeit — dieser Tage Aufenthalt in einer rheinischen Stadt genommen, um einer dortigen Zeitung folgende Lokalnotiz zu inspiriren: „Bei den gegenwärtigen Wasserstandsverhältnissen wird hoffentlich die Torpedodivision auch unsere Stadt anlaufen.

Wetter-Prognose.

Eigener Drahtbericht der „Niederrh. Volksztg."

Dienstag, 22. Mai. Nachts noch kühl, tagsüber ziemlich warm und veränderlich, bei westlichen Winden. Keine oder nur geringe Niederschläge.

Handel und Verkehr.

Werthpapier-Börse.

* **Berlin,** 21. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im Anschluß an die Steigerung der Montanwerthe im Nachbörsenverkehr am Samstag setzten Hütten- und Bergwerksaktien ausnahmslos höher ein. Die Anregung hierzu bot das umlaufende Gerücht, daß der zum 29. d. M. bevorstehende Ausweis der Laurahütte ein die Erwartung übersteigendes Erträgniß gegen das Vorjahr aufweisen werde. Desgleichen befriedigte der heutige Ausweis von Hibernia über den Betriebsüberschuß im April und zwar dadurch, daß arbeitstäglich 40,147 Mark gegen 32,090 Mark im März und 25,647 Mark im April e. J. ins Verdienen gebracht wurden. Selbstverständlich kam die Erhöhung der Richtpreise für sämmtliche Kohlensorten seit dem 1. April darin zur Geltung. Der Bankenmarkt war gleichfalls fest. Schiffahrtsaktien ruhig. In der zweiten Börsenstunde war das Geschäft allenthalben still bei unveränderten Kursen; nur Montanwerthe weiter anziehend. Ultimogeld mit zirka 5 Proz. angegeben. Nach Schluß war die Tendenz schwankend in Montanen auf Gewinnrealisirungen der Tagesspekulation. Gerüchtweise verlautete, daß durch die Annahme der Vermittelung durch den Oberbürgermeister Kirschner in der Straßenbahnfrage der Ausstand einer baldigsten Beendigung entgegengehe.

Wai	18	21	Mai	18	21
Berl. Hand.-Gesell.	158.70	158.90	Ungar. Goldrente	96.90	97.00
Berliner Bank	141.75	141.75	Ungarische Loose	134.75	134.90
Darmstädter Bank	138.00	138.75	Gelsenk. Bergwk.	148.50	149.00
Deutsche Bank	249.80	249.50	Harp. Bgw. St.	153.75	154.40
Disk.-Ges. St. ohne	185.00	185.40	Hochumer Gußstahl	234.90	235.00
Dresdener Bank	135.40	135.10	Ob. St. Berg.-Ges. Aver	000.000	000.000
Nationalbank f. D.	137.25	138.00	Dortmund. Union	123.75	124.90
Oest. Kredit-Aktien	220.50	220.00	Düsseldorf. Eisenbg.	124.10	124.75
Pos. u. S.-Kredit	124.90	125.00	Düssld. Eisenhütte	285.00	288.00
Baltischebrauer	000.00	300.00	Düsseld. Eisenhütte	214.25	215.50
Dux-Bodenbach			Maschinenfab.	176.10	182.25
Gotthardbahn	141.50	141.90	Eisenh. Thyssen	306.00	306.60
Südöstl. Bahn	26.40	26.25	Essl. Bergwerk	97.00	97.00
Lübeck-Büchen	153.50	154.50	Essl. Spinnerei	190.10	190.00
Marienb.-Mlawkabahn	108.10	108.50	Gelsenkirch. Bergw.	218.40	219.40
Prov.-Zuck. Kulmb.	000.00	000.00	Gerresh. Glashütte	138.00	137.75
Westf. Eisenbw.	00 00	00 00	Harzmeer Bergw.	230.80	231.25
Pomm. 4% Pfandbr.			Hibernia	240.60	241.50
Pos. ritt. 3 1900	00.00	00.00	Kasper Eisenwerk	143.00	144.50
R.-Pf. Ost 1900 4%	98.20	98.20	Klöckner, Bergw.	453.00	449.00
do II. IV 1904 3½	91.50	91.50	Kons. f. elektr. Unt. Aktien	91.00	91.00
do. VI. unk. 1904 4%	92.00	92.00	Laurahütte	262.25	263.50
do VII unk 1904 4%	98.90	98.90	Rheinisch. Bergw.	196.75	200.00
do VII unk. 1910 4%	100.00	100.00	Prinz Egonerzeg.	97.10	97.10
Italiener	94.75	94.75	Rhein. Braunkohle	298.25	299.00
Russen 1880er	99.50	99.40	Rhein.-Westf. Sod.	282.75	287.00
Neue russ. 4% Anl.	00 00	98.80	Sangerh. Masch.	503.00	000.00

Kullennoten 216.25

Wechselpreise.

Amsterdam	8 Tage	000.00	London	8 Tage	20.48
	2 Monate	000.00		3 Monate	20.315
Gold. Plätze	8 Tage	81.25	Neu-York		0.00.00
	3 Monate	00.00	Paris	8 Tage	81.35
Ital. Plätze	8 Tage	00.00		3 Monate	80.92
" "	Monate	00.00	Schw. Plätze	8 Tage	80.75

Reichsbank-Zinsfuß seit 27. Jan. 1900.
Wechsel 5½ Proz. Lombard 6½ Proz.

Berliner Platz-Wechsel-Zinsfuß 4½ Proz.

Amsterdam	3½	Kopenhag.	6	Madrid	4
Brüssel	4	Lissabon	4	Paris	3½
Ital. Plätze	5	London	3½	Petersburg	5½
				Schw. Plätze	5
				Wien	4½
				Sonst. Plätze	6

Kölner Börse vom 21. Mai:

Düsseld. Dampfschiff.	130.00	Köln. Bammelfabrik	120.00
Köln. "	124.00	Thein. Kabr. Bleiber	270.00
Stadtbahn. Bammelbahn	195.00	Köln. Flecht.-Akt.	61.00
" Oblig.	67.50	Rhein.-Gas-Ges.	141.00
Eisenner Flachsspinnerei	140.00	Köln.-Rottw. Pulverfab.	192.50

Produkten-Börse.

* **Berlin,** 21. Mai. (Eigener Drahtbericht.) (Preis in Mark für 1000 Kilogramm frei Berlin netto Kasse.) Weizen per Mai 153,50 M., per Juli 155,50 M., Septbr. 158,50 M. Roggen per Mai 152,75, per Juli 150,00 M., per Septbr. 148,50 M., Mai 138,25, Juli 134,75 M., Mais, amerik. mixed loko 115—116,00 M., Rüböl per Mai 60,70 M., per Okt. 60,80 M. Spiritus, 70er, vers. o. F. 49,80.

Obgleich das Wetter wieder zeitgemäß mild ist, war die Stimmung dennoch sehr fest, was die veröffentlichten amtlichen Ermittelungen über den Saatenstand in Preußen bewirken. Weizen und Roggen war im Lieferungshandel 0,75—1,25 M. höher; auch Hafer war etwas besser. Rüböl weiter steigend. 70er Spiritus unverändert 49,80 M. Umsatz 10,000 Liter. — Wetter trübe.

Peters & Co.

Grundkapital M. 21,000,000, Rücklagen ca. M. 4,000,000, Krefeld, 21. Mai.

Wechsel.			Brief	Geld	Geld-Sorte	Rchm.
Amsterdam	100 Gulden	t. S.	169.25	168.85	Souvereigns	20.44
Rotterdam		2 M.			englische Noten	20.46
Antwerpen	100 Frc.	t. S.	81.40	81.10	20-Frc.-Stücke	16.22
Brüssel		2 M.	—	—	5-Frc.-Stücke	4.00
London	1 L.	t. S.	20.50	20.46	französ. Noten	81.15
do.	1 L.	3 M.	—	20.29	belgische "	81.00
Paris	100 Frc.	t. S.	81.50	81.20	holländ. "	168.00
do.	100 Frc.	2 M.	—	—	amerikan. Gold	4.16
Italienische Plätze		t. S.	76.85	76.25	" Noten	4.17
do.		2 M.			österreichis. "	84.50
Schweiz. Pl.	100 Frc.	t. S.	80.90	80.60	schweizerische "	80.50

Unentgeltliche Entgegennahme von Zeichnungen auf alle zur Ausgabe gelangenden Aktien, Staats- u. andere Papiere.
Annahme von Depots unter eigenem Verschluss des Besitzers: „Safes".
Uninteressirte Auskunft über alle Werthpapiere.
Kostenlose Einlösung sämmtl. Kupons u. Dividendenscheine
Kontrole der Auslosung.
Ankauf guter Geschäftswechsel, Eröffnung laufender Rechnungen u. Check-Konti, An- u. Verkauf von Devisen, sowie Besorgung aller sonstigen in das Bankfach schlagenden Geschäfte.
Verwaltung von Werthpapieren Dokumenten aller Art und Aufbewahrung von Werthgegenständen.
Wir nehmen in jeder Höhe Spareinlagen an mit Verzinsung bis auf Weiteres bei jährlicher Kündigung zu 4½ Proz., bei neunmonatlicher Kündigung zu 4 Proz., bei sechsmonatlicher Kündigung zu 3½ Proz., bei dreimonatlicher Kündigung zu 3 Proz., bei täglicher Kündigung zu 2½ Proz.
An- und Verkauf von Werthpapieren zu vortheilhaften Bedingungen.
Fast alle 3½% und 4% Pfandbriefe erstklassiger deutscher Hypothekenbanken erlassen wir zum Berliner Tageskurse frei von allen Spesen. — Goldwechsel.

Eisenmarkte.

* **Köln,** 21. Mai. Rohschmiedeeisen, Rheinland-Westfalen, Aufgetrieben 885 Ohsen, 1. Qual. 68.00 M., 2. Qual. 62.64 M., 3. 58.50 M., 4. 52.54 M., 524 Kälber, 1. Qual. 61.09 M., 2. 56.87 M., 3. 53.52 M., 4. 47.46 M., 98 Bullen, 1. Qual. 60.00 M., 2. 56.87 M., 3. 53.54

Gegründet 1875. Telephon 824.

Josef Bäumer, Uhrmacher,

Hochstraße 33, Hochstraße 33.

Uhrenhandlung, Gold- und Silberwaaren, Juwelen, Alfenide.

Grösste Auswahl, bei konkurrenzlosen Preisen.

Echt silberne Remontoiruhren . . . Mark **8.50,**
„ goldene „ . . . „ **14.75,**
bis zu den feinsten Glashütter und Repetir-Uhren.

Echt goldene Ringe, Brochen, Ohrringe Mark **1.50**
bis zu den theuersten.

Für jede Uhr 3 Jahre **schriftliche** Garantie, auch gültig bei den von mir gegründeten Firmen **Bäumer & Cie.** in Dortmund, Barmen, Essen, Bochum, Hagen, Oberhausen, Gelsenkirchen, Herne.

Artikel für Fest-Geschenke und Ehren-Preise

in größter Auswahl und zu Vorzugspreisen.

Reparaturen schnell, gut und billig.

Bäumer & Cie. in Hagen, Oberhausen, Gelsenkirchen, Herne.

Bäumer & Cie. in Dortmund, Barmen, Essen, Bochum.

G. Hettlage,

Düsseldorf, Kloster- und Kreuzstraßen-Ecke, Telephon 1248.

Krefeld, Neußerstraße 70, Telephon 1174.

Deutschlands größtes Spezial-Geschäft für bessere fertige

Herren-, Jünglings- und Knaben-Garderoben.

Fertige Livreen-, Jagd- und Sport-Bekleidung.

Schwarze ein- und zweireihige Gesellschafts-Anzüge.
Frack- und Smoking-Anzüge.



Großes Lager in
la. emaillirten und Majolika
Tafelherden
mit den neuesten Einrichtungen.

Petroleum-Kocher.

Wasch-, Wring- und Mangelmaschinen.
Fleischhackmaschinen, emaill. und verzinkt.
Teppichkehrmaschinen ꝛc. ꝛc.,
sowie
sämmtliche Haus- und Küchen-Geräthe
in größter Auswahl.

Zum Frühjahr empfehle:

Verzinkter Stacheldraht, Zaundraht, Drahtgeflechte.
Rebenscheeren, Raupenscheeren,
Baum-Messer, Baum-Sägen, Erdbohrer.
la. deutsche und amerik. Rasenmäher.
Gartenmöbel.



Wilh. Ziellenbach,

Friedrichstraße 12. Telephon 793.

C. A. Jansen

109 Königstrasse 109,

empfiehlt sein großes Lager in

Teppichen

aller Art, abgepaßt und vom Stück.

Gardinen, Tüll, Spachtel-Ocre, neueste Dessins und Qualitäten.

Portièren, gestreift und bestickt, in Wolle, Plüsch und Tuch.

Reise-, Tisch- und Divan-Decken.

Rouleaux- und **Möbelstoffe** in Damast, Rips, Fantasie, Moquette und Kameeltaschen.

Cocos- und **Linoleum-Läufer** und **Matten, Auflegestoffe, Wachs-** und **Ledertuche.**

Sämmtliche Polster- und Dekorations-Artikel.

Gegründet 1883 — German Linoleum Manufact. Stainer & Delmenhorst Company Ltd — Erste Delmenhorster Linoleum-Fabrik

Linoleum

Gegründet 1883 — German Linoleum Manufact. Stainer & Delmenhorst Company Ltd — Erste Delmenhorster Linoleum-Fabrik

der altbewährten Delmenhorster Marke **Hansa,**
bedruckt, Granit und Inlaid,
Muster und Farben durch und durch,
Parquet- und Blumenmuster. — Auch fertig verlegt.